

**II-1195 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen**  
**des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 718 IJ

1991-03-15

**A N F R A G E**

der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Mag. Schreiner  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend die Erhöhung der Mineralölsteuer

Durch das Scheitern der Budgetsanierung droht den Österreichern gleich zu Beginn der zweiten Amtszeit der großen Koalition eine massive Belastungslawine. Allein der Zinsendienst für die Staatsschuld in der Höhe von 72 Mrd. Schilling verschlingt bereits weit mehr als die Hälfte der Einnahmen aus der Lohnsteuer. Für produktive Ausgaben bleibt daher fast kein Spielraum mehr.

Besonders verschärft wird die Budgetkrise dadurch, daß die große Koalition - welche als selbsternannte "Sanierungspartnerschaft" angetreten ist - bisher keine einzige dauerhafte Strukturreform zustande gebracht hat. Sowohl bei der Reform der Bundesverwaltung und der Sozialversicherungsanstalten, als auch der Bundesbahnreform ist die Regierung bisher gescheitert. Anstatt zu sparen, gibt die sozialistische Koalitionsregierung immer mehr Geld aus. So werden alleine 1991 2.900 Beamte zusätzlich aufgenommen. Und zu den bereits vorhandenen über 21.000 Dienstfahrzeugen schafft die Regierung mehr als 500 neue an.

Alleine von 1990 auf 1991 steigen die Ausgaben um über 50 Mrd. Schilling an. Weil diese Ausgabenexplosion nicht mehr finanzierbar ist, droht der österreichischen Bevölkerung nunmehr eine massive Belastungslawine.

Wie den unterzeichneten Abgeordneten aus Regierungskreisen bekannt wurde, soll als erster Schritt dazu in Kürze eine drastische Erhöhung der Mineralölsteuer erfolgen. Durch diese Maßnahme wird der Autofahrer wieder einmal als "Melkkuh der Nation" mißbraucht, wodurch vor allem die "kleinen Leute" unter die Räder kommen. Denn während für Großverdiener Mehrkosten von ein oder zwei Schilling pro Liter Benzin leichter verschmerzbar sind, trifft die kommende Erhöhung der Mineralölsteuer die Bezieher kleiner Einkommen viel

härter. Durch diesen geplanten Anschlag auf die Geldbörsen der Österreicher werden aber vor allem die Pendler in ihrer Existenz bedroht, weil diese das Auto als Betriebsmittel unbedingt täglich benötigen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e :

Können Sie ausschließen, daß es 1991 oder 1992 zu einer Erhöhung der Mineralölsteuer kommen wird?